

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Bisexuelles Netzwerk / 1. März 2021

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>). In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

- a) *Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?*
b) *Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?*

Wir wollen ein gesellschaftliches Umfeld schaffen, in dem Coming-outs nicht mehr mit Skepsis oder sogar Nachteilen verbunden sind. In unserer Welt ist Platz für viele sexuelle Identitäten. Niemand – mit welcher Orientierung auch immer – sollte jedoch unter einem Druck stehen, seine sexuelle Identität öffentlich zu beschreiben oder auch sie zu verheimlichen.

Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>). Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100 % heterosexuell oder 100 % homosexuell einstuft, keine Minderheit (39 %, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

- a) *Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?*
b) *Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?*

Unter der Federführung von SPD-geleiteten Ministerien wurde in Baden-Württemberg von 2011 bis 2016 der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ erstellt und als ein wesentlicher Bestandteil davon die Leitperspektive Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt im neuen Bildungsplan eingeführt. Mit vielen verschiedenen Maßnahmen wollten wir einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt – auch mit sexueller Vielfalt – fördern und Diskriminierungen abbauen.

In der Folge entstand in Baden-Württemberg unter anderem ein Netzwerk für die psychosoziale Beratung von für LSBTTIQ-Menschen. In diesen werden auch Fragen zum Coming-out behandelt. Der Abbau von Diskriminierungen und die Unterstützung von LSBTTIQ-Menschen ist bei uns eine Querschnittsaufgabe. Der Betrag kann deshalb nicht allein etwa auf die konkrete Förderung der Beratungsstellen oder der Netzwerke reduziert werden.

Laut einer Umfrage wünschen sich 86 % der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>. In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen. In Baden-Württemberg gibt es seit 2015 den „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Aktionsplan_Akzeptanz_2015.pdf).

DAS WICHTIGE JETZT



Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Kernanliegen der oben genannten Leitperspektive des Bildungsplans ist es, Respekt sowie die gegenseitige Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit zu fördern. Schule als Ort von Toleranz und Weltoffenheit soll es jungen Menschen ermöglichen, die eigene Identität – auch die eigene sexuelle Identität – zu finden und sich frei und ohne Angst vor Diskriminierung zu artikulieren. Indem Schülerinnen und Schüler sich mit anderen Identitäten befassen, sich in diese hineinversetzen und sich mit diesen auseinandersetzen, schärfen sie ihr Bewusstsein für ihre eigene Identität. Dabei erfahren sie, dass Vielfalt gesellschaftliche Realität ist und die Identität anderer keine Bedrohung der eigenen Identität bedeutet. Dafür wurden und werden die Schulbücher aktualisiert – und es gibt etwa Beispielcurricula, Synopsen und Kompetenzraster.

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen in Baden-Württemberg Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787). Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Begleitet von Lehrkräften, Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen und externen Beratungsstellen können und sollen sich Kinder und Jugendliche ein eigenes Bild von der Welt machen. Das kann in großen Teilen mit dem Bild ihrer Eltern übereinstimmen; es muss aber auch die Freiheit geben, dass es davon abweicht. Keinesfalls sind Kinder- und Jugendhilfeangebote anzuerkennen oder private Schulen zuzulassen, die die Leitperspektive Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt missachten.

Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138). In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine Initiative zu sexueller Sichtbarkeit: https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720. Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Baden-Württemberg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Als SPD in Baden-Württemberg haben wir bereits bewiesen, dass wir in der Regierungsverantwortung Bisexuelle gleichberechtigt zu anderen Gruppen behandeln und würdigen. Das haben wir auch jetzt in der Opposition getan. Lieber tun wir es wieder in der Regierungsverantwortung – und dann in Absprache mit den beteiligten Gruppen.

DAS WICHTIGE JETZT



In Australien hat eine Senatorin eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>). 2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD) und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Wir hoffen jedenfalls, dass wir nach der Wahl in der Regierungsverantwortung in den relevanten Ministerien wieder in ähnlichem Tempo wie bis 2016 für die Verbesserung der Situation von LSBTTIQ-Menschen eintreten können. Die damalige Leistung hat Baden-Württemberg nachhaltig verändert.

Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html). Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

b) Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Es ist Bestandteil des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“, vorhandene Forschungslücken zu schließen. Da ist schon einiges passiert. Was zukünftig prioritär vom Land angegangen werden soll, besprechen wir gerne zusammen mit den Beteiligten. Zudem ist das Klima in der Soziologie, der Psychologie, der Medizin und der Sozialarbeit inzwischen doch auch so weit verändert, dass im Rahmen der normalen wissenschaftlichen Arbeit mehr Platz für das Thema Bisexualität entstanden ist.

Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI-feindlich (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/quenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>).*

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Bis zu einer bestimmten Grenze muss unser Rechtsstaat auch andere Meinungen hinnehmen; sonst wäre er kein Rechtsstaat. Allerdings verlangen wir auch, dass sich der Rechtsstaat mit all seinen Mitteln gegen homophobe Gewalt wehrt, auch wenn diese „nur“ verbal ist.

Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>).

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

DAS WICHTIGE JETZT



Auf Initiative von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat der Deutsche Bundestag Mitte 2020 das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen. Neben der Verschärfung des Strafrechts wollen wir damit Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgen. Auch die Plattformen, auf denen Hasskommentare veröffentlicht werden, werden stärker in die Pflicht genommen: Sie sollen künftig nicht mehr nur löschen, sondern strafbare Postings dem Bundeskriminalamt melden.

Diese Verschärfung soll auch in Baden-Württemberg ankommen. Um dies zu unterstützen, wollen wir eine*n Beauftragte*n für Hate Speech bei der Staatsanwaltschaft ernennen. Hasskriminalität gegen queere Menschen muss sichtbar gemacht werden. Die Polizei und die Landesämter sollen künftig auch in Baden-Württemberg eine entsprechende statistische Kennzeichnung machen und einen Jahresbericht vorlegen.

Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter (https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824).

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wer Antidiskriminierung ernst nimmt, darf Ausschlüsse vom Blutspenden zwar von einem risikoreichen Sexualverhalten abhängig machen, nicht jedoch allein von der sexuellen Identität.

Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden statt begrenzt?

Die SPD im Bund will eine umfassende Reform des Transsexuellenrechts. Leider steht die CDU/CSU auf der Bremse. Anscheinend braucht man im Bund entweder viel mehr Zeit oder eine neue Koalition nach der Wahl – am besten mit einer starken SPD.

Auch heute noch werden intersexuelle Kinder ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Sollten heute noch bei Kindern Operationen so wie im Artikel geschildert durchgeführt werden, so verstößt das gegen die Behandlungsrichtlinien. Denn diese haben sich schon vor etlichen

DAS WICHTIGE JETZT



Jahren – endlich – gravierend geändert. Auch das steht in dem Bericht. Ärzt*innen, die gegen die Behandlungsrichtlinien verstoßen, müssen mit Konsequenzen rechnen.

Erkämpfte LSBTI-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im Grundgesetz, Artikel 3 (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).*

a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

*b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?*

In unserem Regierungsprogramm 2017 für den Bund war das Ziel einer entsprechenden Grundgesetzänderung beschlossen und unser Parteivorstand hält auch bis heute daran fest. Leider ließ es sich bisher mit unseren Koalitionspartnern im Bund nicht umsetzen. In Baden-Württemberg wollen wir einen Gleichstellungsartikel in die Landesverfassung aufnehmen, der sexuelle Orientierung, Transidentität und geschlechtliche Vielfalt ausdrücklich benennt.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

*Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet. Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst menschenrechtsfeindlichen Äußerungen (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu AfD-Denunziationsplattformen zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>). Auch gegen die Corona-Leugner*innen wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html). Die Querdenken 711-Initiative kommt dabei aus Ihrem Bundesland.*

a) Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

*b) Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?*

Bis zu einer bestimmten Grenze muss unser Rechtsstaat auch den Protest von Menschen mit anderen Meinungen hinnehmen; sonst wäre er kein Rechtsstaat. Einzelne schärfere Verbote von SPD-Ministern wurden schon von Gerichten kassiert. Allerdings verlangen wir, dass sich der Rechtsstaat mit all seinen Mitteln auch gegen Verbrecher und Verfassungsfeinde wehrt. Insofern begrüßen wir etwa die Bestätigung von einzelnen Versammlungsverboten durch Gerichte und die konsequente Ahndung von Verstößen etwa gegen die Maskenpflicht oder gegen das Ausstellen unzulässiger Atteste zur Maskenbefreiung.

Vor allem Minderheiten wie LSBTI – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen*

DAS WICHTIGE JETZT



sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre – und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

a) Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?

b) Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?

Fabriken, die neu gebaut werden und dann in drei Jahren fertig sind, bringen uns in der aktuellen Impfmittelknappheit nichts. Sinnvoller ist es allerdings, mit den Impfstoffherstellern darüber zu verhandeln, wie die Impfkapazitäten ausgeweitet werden können. Das haben die Europäische Kommission und die Bundesregierung getan.

Dass in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern Pflegeheimbewohner später geimpft, mehr Impfstoff in den Kühlschränken liegt anstatt verimpft zu werden sowie die Prioritätenreihenfolge schlechter eingehalten wird, verantwortet der grüne Gesundheitsminister in der grün-schwarzen Koalition. Wir denken, das können wir besser. Andere SPD-geführte Bundesländer machen es jedenfalls auch besser.

Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien, die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.*

a) Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernst genommen?

b) Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?

Die SPD nimmt den Rat der Klimaforscher ernst. Der Klimaschutz gehört neben Arbeit, gute Bildung, Gesundheit & Pflege und Wohnen zu den fünf wichtigsten Punkten in unserem Programm zur Landtagswahl. Unsere Visionen und Vorhaben unter anderem zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels kann man auf mehreren Seiten des Wahlprogramms nachlesen: https://www.spd-bw.de/dl/SPD-Wahlprogramm_LTW_2021.pdf

DAS WICHTIGE JETZT

